



Beschlüsse der Delegiertenversammlung 2015

BESCHLUSS 1

Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen

Die Delegiertenversammlung macht sich das Positionspapier „Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen“ zu Eigen.

Der Bundesvorstand wird mit der Herausgabe unter Berücksichtigung der Beratungen in der Arbeitsgruppe auf dieser DV beauftragt.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, sich mit den Inhalten an die politisch Verantwortlichen zu wenden.

Die Delegiertenversammlung fordert die Kommissionen, Diözesanverbände und Gruppen auf, sich in Diskussion und Aktion mit diesem Positionspapier zu befassen.

In Anlage 1 befindet sich der Text der Position:

Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen

BESCHLUSS 2

Katholische Plattform Friedensethik – Prüfauftrag

Die Delegiertenversammlung beauftragt den Bundesvorstand, die Möglichkeiten zu prüfen, eine jährliche Plattform für die friedensethische Debatte in der Deutschen Katholischen Kirche einzurichten und zu steuern.

BESCHLUSS 3

Einsetzung der Kommission Friedenspolitik

Die Kommission Friedenspolitik wird eingesetzt und erhält folgenden Auftrag:

1. **Kritische Einmischung in die Diskussion um die deutsche/europäische Verantwortung in der Welt, insbesondere**
 - militärische Fixierung bei internationalen Konflikten, statt Wohlstand und ein Leben in Sicherheit zu teilen (z.B. Ukraine, Syrien, Mali, Fluchtursachen)
 - Neuausrichtung der Bundeswehr, (z.B. Beratungsprozess Weißbuch 2016), Rohstoffsicherung als Begründung für Militäreinsätze
 - Drohnenbewaffnung und deutsche Beteiligung an Drohnenkriegen
2. **Friedensethische Bewusstseinsbildung in den Kirchen**
 - Weiterarbeit an den Themen des Kongresses 2015
 - Ethos der Gewaltfreiheit, z.B. ziviler Ungehorsam
 - Sicherheit und Schutzverantwortung, Friedensdiplomatie
 - Kirche und Militärgewalt (z.B. Militärseelsorge, Rolle der Kirche in den Weltkriegen) innerkirchliche und ökumenische Kooperation

Als Mitglieder der Kommission gewählt wurden:

Christof Grosse (Freiburg), Odilo Metzler (Stuttgart), Albert Fuchs (Bonn-Meckenheim), Wolfgang Kramer (Stuttgart), Norbert Fabian (Duisburg)

BESCHLUSS 4

Einsetzung der Kommission Solidarität Eine Welt

Die Kommission „Solidarität Eine Welt“ wird eingesetzt und erhält folgenden Auftrag:

Aufgaben sollen insbesondere sein:

- Unterstützung ausgewählter Partnerorganisationen in Lateinamerika unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte und der friedensfördernden Ergebnisse von menschlicher Entwicklung
- Projektpartner bei der Einwerbung von Fördermitteln beraten
- In Netzwerken zur Durchsetzung seiner Menschenrechts- und Friedensaufgaben arbeiten
- Lobbyarbeit zusammen mit anderen zur Durchsetzung der Anliegen der Partner
- Bildungsseminare veranstalten und Öffentlichkeitsarbeit leisten
- die Angebote der Freiwilligendienste durch die Arbeit mit den Partnerorganisationen unterstützen
- Rückkopplung in die pax christi-Bewegung durch (Mit-)Gestaltung von Veranstaltungen und Internetpräsenz auf der neuen Homepage
- Zusammenarbeit mit PCI

Als Mitglieder der Kommission gewählt wurden:

Margaret Buslay (Erkrath), Christa Guerrero (Düsseldorf), Wolfgang Schaupp (Kappelrodeck), Stefan Herbst (Bonn), Silke Mehre (Köln), Lukas Herbst (Marburg), Heinz Neuser (Enger)

BESCHLUSS 5

Einsetzung der Kommission Solidarität mit Zentralafrika

Die Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ wird eingesetzt und erhält folgenden Auftrag:

Die Schwerpunkte der Arbeit sind die politische Lobbyarbeit und Unterstützung von Friedensarbeit auf der Basis von Solidarität mit der leidenden Bevölkerung in der Region der Großen Seen. Die Zusammenarbeit mit den Partnern in Deutschland und in der Region ist nicht nur aus praktischen Gründen unumgänglich, sie liegt der Kommission auch am Herzen. Die Kommission beschäftigt sich insbesondere mit der Thematik Kleinwaffen sowie Rohstoffe.

Als Mitglieder der Kommission wurden gewählt:

Jean Djamba (Harxheim), Nicole Mokabi (Harxheim), Brigitte Schmeja (Halle/Saale), Heinz Werner Wessler (Uppsala), Reinhard J. Voß (Diemelstadt-Wethen),

BESCHLUSS 6

Einsetzung der Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Die Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ wird mit folgendem Arbeitsauftrag eingesetzt:

Profil

- Ausgewählte ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen reflektieren
- Zurverfügungstellung ökonomischer Expertise
- Biblische und ethische Quellen entdecken und nutzen für eine widerständige Praxis angesichts der Zeichen der Zeit

Zielgruppen

- Verbände und Institutionen, die zu ähnlichen Themen arbeiten
- In die Bewegung wirken

Instrumente

- Biblisch-politische „Exerzitien“
- Kurzmitteilungen zu aktuellen Themen
- Impulse für das Handeln vor Ort (Auseinandersetzung mit Alternativen)
- Mitwirkung bei Folgeaktivitäten der ökumenischen Versammlung

Themen zum Beispiel

- Europa und EU
- Russland
- Wirtschaftstheorien für „Beginner“
- Freihandelsabkommen wie TTIP
- Biblische Reflexion

Als Mitglieder der Kommission gewählt wurden:

Friederike Bude (Nottuln), Martin Herndlhofer (Eschborn), Jonas Höpken (Oldenburg), Dominic Kloos (Koblenz), Stefan Leibold (Münster), Franz-Josef Pfeiffer (Münster), Peter Schönhöffer (Ingelheim)

BESCHLUSS 7

Einsetzung der Kommission Nahost

Die Kommission Nahost wird eingesetzt und erhält folgenden Arbeitsauftrag:

1. Stärkung der Nahost-Arbeit in der pax christi-Bewegung

Die Nahostkommission möchte die Verankerung des Nahostthemas innerhalb der deutschen Sektion stärken, insbesondere durch:

- Veranstaltungen und Tagungen, Reisen
- Zusammenarbeit mit anderen Kommissionen, Bistumsstellen, anderen Sektionen und PCI
- Mitmach-Angebote,
- Vorbereitung von Nahosterklärungen.

2. Stärkung der israelischen und palästinensischen sowie weiterer regionaler Friedensstimmen

Die Kommission unterhält Kontakte zu israelischen und palästinensischen sowie weiteren regionalen Friedens- und Menschenrechtsgruppen, baut diese aus und knüpft neue Beziehungen, insbesondere durch:

- Einladungen nach Deutschland,
- Solidaritätsarbeit in Deutschland,
- Verbreitung von Infomaterial.

3. Stärkung des Bewusstseins in Deutschland für die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht in Palästina und Israel

Die Kommission wirkt in die Gesellschaft hinein, um dort das Bewusstsein für die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten zu stärken, sich für ein Ende der Besatzung einzusetzen und deutlich zu machen, dass eine bestehende Besatzung völkerrechtliche Pflichten und Rechte für alle Seiten beinhaltet, insbesondere durch:

- Z.B. Weiterführung der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ für eine klare Kennzeichnung von Siedlungsprodukten sowie für den kritischen Konsum,
- Beteiligung an der bundesweiten Vernetzung „Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel - für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden“,
- Beteiligung am Programm des Weltkirchenrates für ein „Ende der illegalen Besatzung Palästinas“, insbesondere am Dienst für Menschenrechts-Beobachtungen und Begleitung von Betroffenen in Palästina und Israel; sowie Öffentlichkeitsarbeit (EAPPI/ÖFPI),
- Politische Lobbyarbeit,
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Als Mitglieder der Kommission gewählt wurde:

Dr. Manfred Budzinski (Mühlacker), Dr. Karin Gerster (Stuttgart), Anica Heinlein (Bonn), Michael Nann (Augsburg), Marius Stark (Neuss)

BESCHLUSS 8

Einsetzung der Kommission Friedensbildung an Schulen

Die Kommission Friedensbildung an Schulen wird eingesetzt und erhält folgenden Auftrag:

- Die Kommission unterstützt den fachlichen Austausch zum Thema innerhalb von pax christi und mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren (z.B. in Kirchen und Netzwerken der Friedensbildung).
- Die Kommission setzt sich als Organ von pax christi politisch und fachlich für die Stärkung der Friedensbildung und die Anwendung gewaltfreier Methoden der Konfliktaustragung im schulischen und im außerschulischen Bereich ein.

In die Kommission gewählt wurden:

Johanna Müller (Roetgen), Georg Kesting (Bornheim), Peter Heim (Köln), Achim Schmitz (Stuttgart)

BESCHLUSS 9

Einsetzung der Kommission Rüstungsexport

Die Kommission Rüstungsexport wird eingesetzt und erhält folgenden Auftrag:

1. Gestaltung der dialogisch-politischen Lobbyarbeit zum Thema.

- Kooperation mit den pax christi-Mitgliedern auf der Basis der Inhalte und Ergebnisse der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.
- Teilnahme an den Sitzungen des Trägerkreises

2. Unterstützung der pax christi-Öffentlichkeitsarbeit zum Thema.

3. Planung und Erarbeitung von Impulsen für das Engagement der pax christi - Bewegung und anderer Organisationen.

Darunter beispielsweise:

- Die federführende Organisation einer Fachtagung im Frühjahr 2017 in Kooperation mit „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.
- Die Konzeptionelle Erarbeitung einer Beschlussvorlage zum Thema „Verbandsklagerecht“ in juristischer Zusammenarbeit mit Holger Rothbauer.

Als Mitglieder der Kommission gewählt wurden:

Harald Hellstern (Stuttgart), Verena Nerz (Reutlingen), Fabian Sieber (Erfurt), Karl-Heinz Wiest (Kirchheim)

BESCHLUSS 10

AG 2020

Die Delegiertenversammlung beauftragt die AG 2020, die noch offenen Eckpunkte Organisations- und Arbeitsformen, Mitgliederwerbung sowie zukünftige Finanzierung unter Einbeziehung der Ergebnisse der DV und der Eingabe der verschiedenen Organe zu bearbeiten und dazu Strategie und Umsetzungsempfehlungen zu entwickeln.

Die Mitglieder der AG 2020 sind:

Birgit Wehner (pax christi Limburg), Reinhold Gieringer (pax christi Rottenburg Stuttgart), Jürgen Herberich (pax christi Würzburg), Stefan Leibold (Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit), Wiltrud Rösch-Metzler (Bundesvorsitzende), Norbert Richter (Bundesvorsitzender), Gerold König (Bundesvorstand), Sabine Kaldorf (Bundesvorstand), Georg Hörnschemeyer (Bundesvorstand),
Beratend: Christine Hoffmann (Generalsekretärin), Horst Willems (Finanzreferent)

BESCHLUSS 11

Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum christlich-muslimischen Dialog

Die Delegiertenversammlung setzt für ein Jahr eine Arbeitsgruppe ein, die eine Bestandsaufnahme über bestehende Kontakte zu muslimischen Verbänden erstellt und ein Konzept für die künftige Arbeit entwickelt.

Als Mitglieder der AG werden eingesetzt:

Jost Eschenburg (Augsburg), Paul Reinwald (Regensburg), Michael Rösch (Kaufbeuren), Bernhard Höbsch, Franz Staudinger (Weißenburg), Adnan Nasser (Stuttgart)

BESCHLUSS 12

Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Flucht und Migration“

Die Delegiertenversammlung setzt eine Arbeitsgruppe „Flucht und Migration“ für ein Jahr ein, die Vorschläge erarbeitet, welche Beiträge pax christi zukünftig zu den Fragen von Flucht und Migration leistet, auf der Basis der pax christi eigenen Ressourcen und Expertise sowie auf der Basis von externen Kooperationspartnern und der Internationalität der Bewegung.

Als Mitglieder der AG werden eingesetzt:

Ulla Joußen (Erkelenz), Sabine Kaldorf (Bonn), Alfred Keienburg (Essen), Judith Gebhardt (Krefeld)

BESCHLUSS 13

Jahresabschluss 2014

Die Delegiertenversammlung nimmt den Jahresabschluss 2014 zustimmend zur Kenntnis.

BESCHLUSS 14

Haushalt 2016

Die Delegiertenversammlung beschließt den vom Bundesvorstand vorgelegten Haushalt 2016.

ANLAGE 1 ZU BESCHLUSS 1

POSTIONSPIER:

Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen

Unter schwierigsten Bedingungen erreichen zurzeit Flüchtlinge Deutschland. Viele stammen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und Somalia und suchen aus akutem Bürgerkrieg und Krieg eine sichere Zuflucht, Frieden und Zukunft. Andere fliehen vor aktuellen Auswirkungen des Klimawandels und damit verbundener Armut. Auch vom Balkan streben viele Menschen nach Deutschland; in ihren Herkunftsländern liegen die gewalttätigen Konflikte teilweise zwanzig Jahre zurück. Die Nachkriegsverhältnisse dort lassen sie bessere Arbeits- und Lebensumstände hier suchen, zumal das Versprechen deutscher Politiker nach dem 1995-Krieg, die Länder beim Wiederaufbau auch wirtschaftlicher Strukturen zu unterstützen, dort nicht vergessen ist. Die Einlösung dieses Versprechens lässt aber nach wie vor auf sich warten.

Die vielen Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, machen krasse gesellschaftliche Ungleichzeitigkeiten sichtbar:

- Deutschland übernimmt Verantwortung für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge und setzt sich dabei über die Dublin-II-Verordnung hinweg, für die es sich in den 90-er Jahren in der Europäischen Union (EU) vehement eingesetzt hatte. Diese Bereitschaft der Regierung zur Aufnahme der Syrer/innen – auch wenn sie spät gekommen ist – ist eine großartige Entscheidung, die hoher Würdigung bedarf und großen Widerhall in der Bevölkerung findet. Gleichzeitig beharrt die Bundesregierung auf der Erklärung von Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern und entzieht damit Menschen die Chance auf die Prüfung ihres individuellen Falles, was menschenrechtlichen Standards widerspricht.
- Das unterstützende Engagement der Bevölkerung für Flüchtlinge hat sich in den letzten zwei Jahren verdreifacht. Beeindruckend viele Menschen setzen sich vor Ort ehrenamtlich kreativ und selbstlos für die Ankommenden ein und helfen dabei, ihnen das Einleben zu erleichtern. Ohne die Hilfe von tausenden Ehrenamtlichen wäre die humanitäre Situation vieler Flüchtlinge sehr schlecht. Besorgnis erregende Beispiele dafür, was die Behörden an gesundheitlicher Versorgung, Unterbringung und Ausstattung mit Lebensmitteln und Kleidung sach- und zeitgerecht nicht leisten, sind in der mangelnden staatlichen Vorbereitung auf diese Situation begründet. Was machbar wäre, wird vielerorts von ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen beispielhaft vorgelebt. Zu denen, die sich hier engagieren, gehören auch viele Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland sind und jetzt ihre Sprachkenntnisse als Dolmetscher/innen einbringen. Die Vorgehensweise der Gemeinden ist sehr unterschiedlich und teilweise wird auf Kosten der Flüchtlinge Geld gespart. Teilweise werden auch Bedarfsgruppen gegeneinander ausgespielt, z.B. durch Kündigung bestehender Mieter/innen. Das provoziert unnötige soziale Spannungen.
- Gleichzeitig ist die Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte gestiegen und sind die Hemmschwellen gegenüber verbaler und tätlicher Aggression massiv gesunken. Wirksames Einschreiten gegen rechte Gewalt ist allerdings beim Verfassungsschutz und mancherorts auch bei der Polizei zu vermissen. Die strukturellen behördlichen Mängel wurden durch die NSU-Morde und die beschämenden Vorgänge um deren Aufklärung sichtbar. Rassismus in seiner Breite ist hierzulande nicht hinreichend als strukturelle Herausforderung anerkannt und längst nicht überwunden.
- Im deutschen Asylrecht gab es seit diesem Jahr Erleichterungen für manche Asylbewerber/innen bezüglich der schnelleren Arbeitserlaubnis¹. Die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern/Asylbewerberinnen wurde verbessert.² Sachleistungen wie Essenspakete wurden auf die Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen beschränkt.³ Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz aus dem Oktober dagegen verschärft die Regelungen für Asylsuchende. Gutscheine statt Bargeld und verstärkte

¹ Drei Monate, vorher neun, zunächst für Ausgebildete oder Hochschulabsolventen/-absolventinnen für „Engpassberufe“. Nach 15 Monaten Wegfall dieser Restriktionen.

² Residenzpflicht entfällt nun nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland.

³ Danach sollen Asylbewerber/innen Sozialleistungen vorrangig als Geld erhalten.

Residenzpflichten werden erneut eingeführt und schnellere Asylverfahren zugunsten der Antragsteller/innen, aber auch schnellere Abschiebungen angekündigt. De facto werden schon seit ein paar Monaten die Statistiken geschönt, indem das BAMF viele Asylanträge erst mit massivem Zeitverzug annimmt.⁴ Berichtet wird jedoch nur die Frist zwischen Annahme und Entscheidung. Die neuen Einschränkungen des Rechts auf Asyl durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz stehen in Gefahr, den Gegnern der Aufnahme von Flüchtlingen Vorschub zu leisten und Flüchtlinge in zwei Klassen aufzuteilen.

- Deutschland nähert sich durch verschiedene politische und rechtliche Regelungen der Einsicht an, dass es ein Einwanderungsland ist. Gleichzeitig besteht viel Nachholbedarf, beispielsweise hinsichtlich der Bereiche Antidiskriminierung, Bildung und Gesundheit. Es geht nun darum, legale Einreisewege zu schaffen. Ein Einwanderungsgesetz bietet dazu die geeignete Form. In der EU steht ein Verzicht auf die militärische Grenzsicherung durch Frontex an.

Deutschland hilft jetzt in für Europa beispielhafter Weise Menschen, die aus Syrien hierherkommen. Deutschland trägt aber auch Mitverantwortung für die humanitäre Katastrophe, mit der zurzeit 60 Millionen Menschen auf der Flucht weltweit konfrontiert sind.

Denn Deutschland trägt Mitverantwortung

- für eine Weltwirtschaft, die auf der Ausbeutung der Länder Afrikas und Südasiens durch die Industrieländer des Nordens beruht und Hunger und Armut von Millionen Menschen zur Folge hat;
- für die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel;
- durch weiter ansteigende Waffenexporte in Spannungsgebiete und den unkontrollierbaren Verbleib besonders von Kleinwaffen;
- durch direkte und indirekte Beteiligung an Kriegen;
- für das Dublin-System der EU, das Länder wie Italien und Griechenland seit Jahren überbelastet und humanitäre Katastrophen für die Menschen, die in den europäischen Mittelmeerländern anlandeten, mit sich brachte – Lampedusa, Lesbos und Kos sind Beispiele dafür;
- für den paramilitärischen Auftrag an Frontex, Menschen auch mit Waffengewalt abzuweisen;
- für die Festhaltezentren in Europa sowie in Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Moldawien, der Ukraine und der Türkei, in denen Menschen unter unwürdigen Umständen monatelang auf Entscheidungen warten müssen, die darauf zielen, sie daran zu hindern, in Europa leben zu können;
- für die Einschränkung des Asylrechts, das nicht mehr dem entspricht, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes nach dem Zweiten Weltkrieg als gerecht und notwendig ansahen, die sich an der Erfahrung der Flüchtenden im Dritten Reich orientierten.

Die Aufnahme der Menschen, die nach Deutschland kommen, ist eine Herausforderung, deren Bewältigung der Anstrengung vieler bedarf. Sie ist aber auch demokratische Notwendigkeit, wenn Deutschland nicht verraten will, was nach der grausamen deutschen Kriegspolitik insbesondere in den beiden Weltkriegen leidvoll erlernt worden ist.

Zentrale politische Forderungen:

1) pax christi fordert die Bundesregierung auf,

- legale Einreisewege zu schaffen;
- ein Einwanderungsgesetz zur Schaffung legaler Wege für Armutsflüchtlinge / Arbeitsmigranten auf den Weg zu bringen;
- auf das Konzept „sicherer Herkunftsländer“ zu verzichten und die bisherigen Benennungen von sicheren Herkunftsländern zurückzunehmen, weil dieses Konzept die Einzelfallprüfung aushebelt und daher aus menschenrechtlichen Erwägungen abzulehnen ist;

⁴ Juli 2015: 82.789 Menschen eingereist, 33.447 Asylanträge angenommen. August 2015: 104.460 Menschen eingereist, 34.384 Asylanträge angenommen. September 2015: 40.487 Asylanträge angenommen, Einreisezahl bisher nicht veröffentlicht.

- keine so genannten Transitzone einzurichten, weil dies auf eine flüchtlingsfeindliche Masseninternierung hinausläuft und wichtige Errungenschaften der europäischen Integration außer Kraft setzen würde;
- das Resettlement-Programm – direkt aus den Erstzufluchtsstaaten – substanziell auszubauen;
- die freie Ortswahl insbesondere bei Familienangehörigen zu ermöglichen, statt Zuweisung und Residenzpflicht.

2) Darüber hinaus fordert pax christi schnelle Maßnahmen,

a) Zur Unterbringung von Flüchtlingen:

- zusätzliches Personal für Registrierung, Annahme von Asylanträgen und Entscheidung derselben, damit der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen (größter Engpass!) auf zwei Monate begrenzt werden kann;
- verstärkte finanzielle Unterstützung für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen und integrieren, durch den Bund;
- gemäß Papst Franziskus kirchliche Gebäude als Wohnungen nutzen (Klöster, alte Krankenhäuser, etc.);
- Soldaten zuhause wohnen lassen und Kasernen zu Übergangswohnheimen für Flüchtlinge machen.

b) Zur Integration von Flüchtlingen:

- sofortige Deutschkurse für alle Ankommenden;
- massiver personeller Ausbau der Stellen und Beratungen für die Anerkennung von Qualifikationen;
- sofortige Arbeitserlaubnis für alle Ankommenden;
- Wegfall der Vorrangprüfung für Asylbewerber und Geduldete;
- Entwicklung von Programmen für den parallelen Erwerb von Deutschkenntnissen und beruflicher Qualifikation;
- Schaffung von hauptamtlichen Stellen zur Entlastung der Ehrenamtlichen in der psychosozialen Betreuung und Trauma-Arbeit;
- Einbeziehung der hier lebenden Migranten mit unzureichender Berufsqualifikation („verlorene Generation“) in die Programme, die für die gleichaltrigen Flüchtlinge aufgelegt werden;
- Finanzierung von Stellen für die Koordination ehrenamtlichen Engagements aus öffentlichen Mitteln.

c) Zu sozialen Standards:

- Gesundheitskarte für alle Ankommenden

3) pax christi fordert die Bundesregierung und die Europäische Union auf,

- legale Einreisewege zu schaffen;
- Nachschublinien des selbst ernannten „Islamischen Staats“ abzuschneiden, die durch das NATO-Land Türkei führen;
- die diplomatischen Bemühungen unter Einbeziehung von Russland und dem Iran zu verstärken, mit dem Ziel einer großen Verhandlungslösung für alle Konflikte im Nahen Osten.
- alle Zahlungsverpflichtungen gegenüber der UNO zu erfüllen;
- die Organisationen bedarfsgerecht zu finanzieren, die für menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge Verantwortung übernehmen;
- Zur Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven für die Menschen des Westbalkan beizutragen;
 - o auf die Regierungen einzuwirken, damit Rechtssicherheit geschaffen und Korruption bekämpft wird sowie die Rechte der Sinti und Roma geschützt werden;
 - o Förderprogramme für den Aufbau der dortigen Zivilgesellschaften einzurichten;
 - o Exportkreditversicherungen für Investitionen im Westbalkan einzuführen;
 - o Anwerbeprogramme für Auszubildende aus dem Westbalkan aufzustellen.

Fluchtursachen bekämpfen

pax christi sieht in der Bekämpfung der Fluchtursachen die größte Herausforderung für Deutschland, weil hier ein Umsteuern erforderlich ist, das längst zur Gewohnheit gewordene politische Vorgehensweisen in Frage stellt.

Bewaffnete Konflikte und Kriege sowie Hunger, Klimakatastrophe und wirtschaftliche Ausbeutung sind zentrale Fluchtursachen der aktuellen Völkerwanderung. Um Menschen Situationen wie die aktuellen Kriege und Krisen künftig zu ersparen und so zum Ziel der Vereinten Nationen beizutragen, die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien, bedarf es verstärkten deutschen Engagements für zivile Konfliktbearbeitung. Die Mittel dafür und für mehr Forschung, um künftig der Komplexität der Konflikte schneller und besser gerecht werden zu können, sollten schnellstmöglich bereitgestellt werden. Zur Finanzierung empfiehlt sich der Abbau der Mittel für Rüstung und Bundeswehr.

Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, darunter Kleinwaffen und Munition, ist grundsätzlich zu verbieten und dies im Grundgesetz in Artikel 26.2 klarzustellen.

Deutschland darf nicht stehen bleiben bei der Bewältigung der akuten Herausforderung, sondern muss die Politiken ändern, die seit Jahrzehnten zur Entstehung der Krisen beitragen.

Es geht auch um die Umsteuerung hin zu friedenslogischem Wirtschaften und Handeln.